



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 16. September 2008
WiF e. V. , 1. Etage (bitte klingeln), Langgasse 37, 65183 Wiesbaden

Vorsitz :

Stv. Schickel

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten Nrn. 34/08, 36/08

(Drucksachenband 131)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird. Außerdem bedankt sich Stv. Schickel für die Gastfreundschaft von WiF, in deren Räumen die Sitzung stattfindet und er begrüßt Stv. van't Padje als Vertreter für Vors. Spruch.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

öffentliche Sitzung

0050 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0051 08-V-01-0012

Ordnung über Ehrungen der Landeshauptstadt Wiesbaden (Ehrungsordnung)

Frau Jeske-Lipps (Hauptamt) ist zu diesem Thema anwesend.

Sie berichtet, dass man mit der Änderung der Ehrungsordnung den Kreis derjenigen erweitern wollte, die ehrenamtlich nicht nur in Vereinen, sondern sich z. B. im nachbarschaftlichen Bereich engagieren. Sie glaubt, dass man ein gerechtes Verfahren gefunden hat, um die vielschichtigen Tätigkeiten ein wenig zu belohnen.

Man habe in die neuen Richtlinien auch dazu aufgerufen, dass die Initiative von Außenstehenden ergriffen wird und diese Personen benennen, die durch ihr ehrenamtliches Engagement auffallen. Durch die Neufassung sei nichts ausgeschlossen worden, sondern Raum für alle Arten von Aktivitäten, die es zu „belohnen“ gelte.

Man habe sich an den Vorschriften für die Ehrenamtskarte orientiert und erfülle somit die Anforderungen des Stadtverordnetenbeschlusses.

Stv. Coigné fragt nach, wer denn Personen vorschlagen dürfe.

Frau Jeske-Lipps erklärt, dass dies jeder tun könne. Die Vorschläge könnten beim Oberbürgermeister oder beim Hauptamt eingereicht werden.

Stv. Coigné geht von einer „Riesenmehrarbeit“ aus und findet die Satzungsänderung als Entwurf in Ordnung, legt aber Wert darauf, die Kriterien genauer zu definieren, um eine breitere Verteilung zu erreichen. Sie werde sich bei der Sitzungsvorlage enthalten.

Stv. Spallek findet, dass genau die Offenheit den Reiz der Vorlage ausmache. Man könne zum einen nicht alle Details, die zu einer Ehrung führen können, im Vorhinein festlegen und würde zum anderen durch jedes Detail mehr einschränken als präzisieren.

Stv. Schickel schließt sich der Auffassung der CDU an. Viele Bürger/innen würden sich engagieren und bräuchten eine Anerkennung. Er findet es richtig, dass die Vorlage so offen gestaltet ist und hofft auf Impulse, die von außen hinein gegeben werden.

Enth. Linke Liste

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

0052 04-A-21-0003

Vorstellung von Vereinen, Organisation u.a.

1. Der Power-Point-Vortrag von Frau Kornmüller und die mündlichen Ausführungen dazu von Frau Kornmüller, Frau Veit-Prang, Frau Kovaczevic und Frau Güler werden zur Kenntnis genommen. Folgende Punkte wurden dem Ausschuss vorgestellt:

WiF erfüllt eine Brückenfunktion

- zu anderen Kulturen und Nationalitäten,
- zu kommunalen Einrichtungen,
- zu Migrationsvereinen,
- zu anderen Beratungsstellen

WiF ist

- ein Frauentreffpunkt für verschiedene Kulturen und Nationalitäten,
- eine erste Anlaufstelle und Orientierungshilfe,
- ein Wegweiser, eine Vermittlungsstelle für andere Einrichtungen

WiF bietet

- offene Räume, ein niederschwelliges Angebot,
- wöchentlich ein Frauenfrühstück, alle 2 Wochen mit Referenten,
- Beratung durch Fachfrauen,
- Einzelberatungen,
- Mama lernt Deutsch,
- einen Spielkreis für Mütter mit Kleinkindern,
- Lesestunden mit Kindern,
- Bewegung, Tanz und Sport,
- Ausflüge innerhalb von Wiesbaden,
- Themenabende (z.B. Henna fest)

WiF hat folgende Ziele

- niederschwellige Anlaufstelle sein,
- bedarfsorientierte psychosoziale Leistungen,
- Vernetzung,
- Hilfe zur Selbsthilfe und
- Stärkung interkultureller Kompetenz

2. Neben vielen Beratungsstellen in Wiesbaden für Frauen und Mädchen bietet WiF eine Anlaufstelle besonders für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund an, die sich aber durch einen besonderen Familientag auch den Männern gegenüber öffnet und von diesen zunehmend aufgesucht wird.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 16. September 2008**

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

-
3. WiF versteht sich nicht als Konkurrenz zu anderen Beratungsstellen, sondern als ersten Anlaufpunkt, um dann die betroffenen Frauen an andere z. T. spezielle Einrichtungen weiterleiten zu können.
 4. Der Ausschuss ist von WiF zu einem weiteren Treffen vor Ort eingeladen worden, an dem dann auch Frauen, die diese Einrichtung kontaktieren, anwesend sein werden.
 5. Ein weiterer Besuchstermin wird frühestens 2009 realisiert.

Einstimmig

0053

Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 19.08.2008 wird genehmigt.

Einstimmig

0054 08-F-01-0084

Vorbereitungskurse für die Einbürgerungstests
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.09.2008 -

Stv. Schickel begründet den Antrag und weist darauf hin, dass 17 Fragen mit verschiedenen Antwortmöglichkeiten beantwortet werden müssen. Die vhs hat 2 Prüfungstermine festgelegt. Für den ersten Termin hätten sich 22 Personen gemeldet.
Er fragt nach, wer in Wiesbaden als Anbieter solcher Vorbereitungskurse in Betracht kommt, die nach seiner Auffassung schnellstmöglich in Gang gebracht werden sollten. Er hält auch WiF für eine geeignete Anlaufstelle.

Herr Tischel (Einwohner- und Integrationsamt) gibt einen kurzen Zwischenstand. Es gäbe Ausführungsbestimmungen auf Bundesebene, aber es lägen noch nicht alle Informationen vor. Nach seinem Kenntnisstand hätte die vhs bisher kein Interesse an den Vorbereitungskursen feststellen können. Auch der Personenkreis sei noch unklar, aber ein genauerer Bericht sei für die heutige Sitzung nicht leistbar gewesen.

Stv. Spallek signalisiert, dass seine Fraktion den Antrag mit trägt.

Stv. Coigné bringt mündlich einen Änderungsantrag ein, und zwar sollen bei Punkt b. vor „anderen Bildungsträgern“ die Worte „nicht kommerziellen“ eingesetzt werden.

Stv. Spallek wirft ein, dass man das Einwohner- und Integrationsamt nicht weiter belasten sollte. Durch den Zusatz würde der Antrag in den Bereich der Absurdität gedrückt.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 16. September 2008**

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Herr Tischel weist darauf hin, dass das Amt gar nicht zu entscheiden haben wird, wer als Anbieter der Kurse in Frage kommt, sondern das dies letztlich das Bundesamt festlegen wird. Es wird strenge Zertifizierungen geben, aber sicher keinen Ausschluss von kommerziellen Trägern.

Stv. Coigné berichtet, dass ihr der Begriff „nicht-kommerziell“ wichtig sei.

Der Änderungsantrag der Linken Liste wird gegen die Stimme der Linken Liste abgelehnt.

Der Hauptantrag wird in der Ursprungsform wie folgt abgestimmt:

Enth. Linke Liste

0055 08-F-06-0046

Veranstaltungen unter freiem Himmel
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 03.09.2008 -

Stv. Coigné begründet den Antrag.

Stadträtin Zeimetz-Lorz stellt fest, dass

- a) es keine Veranstaltung geben wird, die keine Diskussion auslöst und
- b) eine Vielzahl von Kriterien durch Land, Bund usw. festgelegt worden sind, so dass alles geregelt sei.

Sie hat Schwierigkeiten sich vorzustellen, was überhaupt noch geregelt werden sollte. Der Antrag habe sie außerdem sehr erstaunt, da ja bekannt sei, dass es für Alles und Jedes bereits eine Regelung für Veranstaltungen unter freiem Himmel gäbe.

Stv. Spallek hält den Antrag für absurd und für eine reine Beschäftigungsmaßnahme für die Verwaltung. Jedem stünden alle Informationen über das vielschichtige Genehmigungsverfahren z. B. auch über das Internet zur Verfügung. Er beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Herr Tischel weist darauf hin, dass das Veranstaltungsbüro jährlich 650 Veranstaltungen nach bestgehenden Rahmenbedingungen managt. Er berichtet über die ehemalige Veranstaltung „Folklore im Garten“, die durch den Umzug auf den Schlachthof ganz neu im dortigen Bereich etabliert werden musste. Hier wurde mit allen Beteiligten alles geklärt, der Ortsbeirat eingeschaltet usw. Im Städtevergleich halte sich Wiesbaden sehr gut. Man könne durch einen starren Kriterienkatalog nichts regeln, denn jedes Fest laufe anders.

Stv. Schickel weist auf die Diskussion im Ausschuss Schule/Kultur hin und sieht in dem Antrag den Weg zur Überbürokratisierung.

Stv. van't Padje berichtet ebenfalls zu Folklore, dass gerade diese Veranstaltung in allen Details mit allen Beteiligten abgestimmt worden sei und kein Regelungsbedarf bestehe.

Stv. Coigné hält den Antrag nicht für durch Aussprache erledigt und verweist auf Veranstaltungen auf dem Bowling Green, Public Viewing oder die Fun Sport Tage auf dem Schlossplatz.

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 16. September 2008**

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Der Antrag, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären wird wie folgt abgestimmt:

gegen Linke Liste angenommen

0056 08-F-06-0047

Ergebnisbericht "Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen
am Übergang zur Sekundarstufe I" der Universität Mainz
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 22.08.2008 -

Dieser Antrag hat sich durch Zeitablauf erledigt, da bereits in der Sitzung des Ausschusses für
Schule/Kultur als möglicher Termin einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Schule/Kultur,
Soziales und Bürgerbeteiligung/Völkerverständigung/Integration der 29.10.2008 festgelegt wurde.

keine Abstimmung

0057 08-V-33-0005

Integrationsbericht 2007

Zu dieser Sitzungsvorlage ist Stadträtin Zeimetz-Lorz anwesend. Sie weist darauf hin, dass sie an
diesem Bericht nicht maßgeblich beteiligt sei, da er sich auf Abläufe vor ihrer Zeit beziehe. Der Bericht
belege aber, wie gut Integrationsarbeit in Wiesbaden funktioniere. Sie bedankt sich ausdrücklich beim
Einwohner- und Integrationsamt. Die Integrationsarbeit in Wiesbaden könne sich sehen lassen, es
gäbe keinen Streit darüber im politischen Raum, man ziehe an einem Strang.

Stv. Spallek schließt sich dem Lob an. Die Integrationsarbeit verdiene Respekt. Man freue sich auf
den nächsten Bericht.

Stv. Coigné fragt nach dem Personenkreis bzw. der Anzahl der Personen, die Anträge nach der neuen
Bleiberechtsregelung gestellt haben.

Herr Tischel berichtet, dass alle, die auch nur annähernd die Möglichkeit hatten, eine Genehmigung zu
erhalten, diese auch beantragt haben.

Stv. Coigné fragt weiter nach der Situation der Flüchtlinge, über die Unterkünfte für diesen
Personenkreis usw. Dazu stünde nichts im Bericht.

Herr Tischel weist darauf hin, dass die Unterbringung von Flüchtlingen nicht unbedingt etwas mit
Integration zu tun habe. Der Integrationsbericht müsse noch lesbar bleiben.
Außerdem sei die Unterbringung von Flüchtlingen Aufgabe des Sozialdezernates.

Stv. Coigné hält aber den Flüchtlingsbereich für wichtig. Sie fragt nach, ob es gemeinsame Projekte
mit den Vertragspartnern der Integrationsvereinbarung gäbe.

**Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 16. September 2008**

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Stadträtin Zeimetz-Lorz bestätigt dies, es habe gemeinsame Projekte gegeben und gäbe es auch weiterhin. Man sei permanent dabei, die Integrationsvereinbarung abzuarbeiten. Es gäbe z. B. Projekte wie „MUSE“ oder die Förderung interkultureller Kompetenz.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass die SPD bewusst immer die Wiesbaden-Linie mit gestützt habe. Die Integrationsarbeit vertrage kein Parteiengezänk. Er weist auf die beiden Anträge hin, die die SPD in der letzten Sitzung gestellt hat, so dass zukünftig der Sportbereich mit einbezogen werde. Ferner habe die SPD die Anregung des Ausländerbeirates aufgegriffen, die DITIB zum Beitritt zur Integrationsvereinbarung zu bewegen. Diese Anregung aufgreifend fordere die SPD darüber hinausgehend, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu Ende zu führen sei, wonach mit allen Religionsvereine und -gemeinschaften ohne Staatsvertrag wegen des Beitritts zur Integrationsvereinbarung zu verhandeln sei. Dabei könne abschließend auch deutlich werden, dass die eine oder andere Organisation an einem Beitritt nicht interessiert sei.

Stadträtin Zeimetz-Lorz weist darauf hin, dass die ISL evtl. in die Integrationskonferenz mit eingebunden wird, sie blieben auf keinen Fall außen vor. Wie man sie aber in die Integrationsvereinbarung einbauen könne, weiß sie im Moment nicht. Eine Zusammenarbeit sei aber gut vorstellbar.

Herr Tischel teilt mit, dass man Integration in seinem Bereich ganz selbstverständlich in der alltäglichen Arbeit lebe. Es gäbe vielfältige Themenbereiche bzw. Anknüpfungspunkte, wie z. B. die Schulung von Vereinsvorständen, der Bereich Friedhofswesen, Busanbindung von Gebetsräumen.

Stv. Coigné möchte wissen, ob es spezielle Projekte für den Bereich Sport und Integration gäbe oder ob die Herkunft der Mitglieder etwas ausmache.

Man habe nicht den Ansatz, Sportvereine wissenschaftlich zu untersuchen berichtet Herr Tischel. In allen Sportvereinen finde Integrationsarbeit ganz selbstverständlich statt, dazu benötige man keinen Kriterienkatalog.

Stv. Manjura sieht es als sehr positiv an, dass zukünftig den Sportvereinen nicht nur für die Integrationsarbeit gedankt werde, sondern sich dies auch finanziell niederschlage. Der Prozess des Dialogs, der jetzt laufe, sei so wichtig, ganz unabhängig davon, was in der Vereinbarung stünde.

Stv. Schickel plädiert dafür, dass man nicht gezielt ein Integrationsprojekt vorstellen sollte. Es sei wichtig, dass man miteinander umgehe.

Stv. Coigné bezweifelt nicht, dass die Sportvereine Integrationsarbeit leisten. Es wäre aber schön, wenn man gezielt auf einen Topf (Geld) zurückgreifen könnte.

Einstimmig

0058 08-A-21-0001

Interkulturelle Woche 2008

**Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 16. September 2008**

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Stv. Spallek bedankt sich für die Arbeit des Einwohner- und Integrationsamtes bei der Ausgestaltung der Interkulturellen Woche. Man sollte aus der IKW 2008 Anregungen für die Zukunft mitnehmen. Die Aktivitäten draußen, die offen und transparent gestaltet waren, sollten aufgegriffen werden.

Stv. Schickel stellt klar, dass die SPD in der Zeit der Interkulturellen Woche auf Klausur war, er habe aber Angebote wahrgenommen.

Der Mauritiusplatz sei ein sehr guter Standort gewesen. Enttäuschend war, dass der Ausschuss nicht wie sonst in Erscheinung getreten sei. Der Film im Caligari sei eher von Cineasten gesehen worden. Er habe Kritik zu fehlender Öffentlichkeitsarbeit gehört.

Er hält es für wünschenswert, zeitnah eine Manöverkritik mit allen Beteiligten zu halten, die evtl. schon vor der nächsten Sitzung des Ausschusses stattfinden könnte.

Stadträtin Zeimetz-Lorz schließt sich dem Vorschlag an. Es war die erste IKW für sie und sie hält es ebenfalls für dringend erforderlich, zeitnah und offen über die IKW mit allen Beteiligten zu sprechen, um nicht die gleichen Fehler im kommenden Jahr zu machen. Jetzt ist alles noch frisch in der Erinnerung.

Einstimmig

0059 Verschiedenes

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .09.2008

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Schickel

Karipidou

Koba